

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.  
Grenzstr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weihen.

Postkontos: Dresden 1634  
Groschloffe Riesa Nr. 82.

Nr. 6.

Freitag, 8. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe einzelner Exemplare oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Rückkehr des Reichstanzlers.

11 Berlin. Reichstanzler Dr. Luther ist gestern abend wieder in Berlin eingetroffen. Er wird im Laufe des Freitags vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen werden.

11 Berlin. Mit der Rückkehr Dr. Luthers nach der Reichshauptstadt werden nunmehr die Verhandlungen über die Regierungsbildung wieder in Fluss kommen, denn allgemein wurde das Wiederentreten des Kanzlers als das Signal zur Fortführung der bisherigen unveränderten Aussprachen angesehen. Es ist kein Geheimnis, daß das Zentrum in den letzten Tagen dauernd mit der Sozialdemokratie und den Demokraten unterhandelt, um die Basis für neue Verhandlungen auf der Grundlage der Großen Koalition herzustellen. Auf der anderen Seite arbeiten sämtliche rechtsbürgerlichen Parteien unter Ausschluß der Deutschnationalen zielbewußt darauf hin, daß der Auftrag der Regierungsbildung sofort an Dr. Luther erteilt werden soll. Nach seinem Wiederentreten in Berlin hat sich Dr. Luther mit dem Reichspräsidenten persönlich in Verbindung gesetzt, was von den vorkommenden Kreisen als ein Beweis dafür angesehen wird, daß seine Betrauung nur noch eine Frage von 24 bis 48 Stunden sein kann. Zur Stunde liegt die Entscheidung des Reichspräsidenten von Hindenburg noch nicht vor. Sollte er dem Rat der rechtsbürgerlichen Parteien Folge leisten, so würden die Mittelparteien, insbesondere das Zentrum, im ersten Augenblick aufs höchste überrascht sein und vor eine gänzlich neue Situation gestellt werden.

Mit welcher Bestimmtheit die Deutsche Volkspartei jeden neuen Versuch zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition ablehnt, geht aus der Tatsache hervor, daß die führende völksparteiliche Presse die Parole ausstößt, nunmehr ohne jeden Zeitverlust den Auftrag zur Regierungsbildung an Dr. Luther zu erteilen. Es wäre nicht damit zu rechnen, daß vor Dr. Luther eine andere völksparteiliche Persönlichkeit dazu ansetzen werde, die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie noch einmal zu erneuern. Wenn das Zentrum daran schalten sollte, die Große Koalition wieder aufzulegen zu wollen, so werde es mit diesem unglückseligen Versuch lediglich eine Verzögerung der Betrauung Dr. Luthers, nicht aber eine anderweitige Beauftragung herbeiführen.

Auf Grund zuverlässiger Informationen sind wir in der Lage, einige Einzelheiten über die Ergebnisse der Regierungsbildung des Zentrums bekanntzugeben, das entscheidende Schritte zur Vermittlung und zum Ausgleich zwischen den beteiligten Parteien unternommen hat. Was die Sozialdemokratie betrifft, so haben sich Hermann Müller und Wels unbedingt bereit erklärt, neue Verhandlungen auf der Grundlage der Großen Koalition zu führen, indem sie allerdings unter Hinweis auf die Opposition in der Partei noch keine Garantie für die endgültige Entscheidung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion übernehmen könnten. Die Demokraten haben sich einmütig der Auffassung des Zentrums angeschlossen und die Erklärung abgegeben, daß sie gemeinsam und in jeder Hinsicht solidarisch mit der Zentrumsfraktion vorgehen wollen. Stütze ist die Haltung der Bayerischen Volkspartei, die zwar nicht endgültig abgetrennt hat, die aber durch ihre Führer eindeutig erkennen ließ, daß man keinerlei Hoffnungen in einen neuerlichen Versuch mit der Großen Koalition setzen dürfe. Die gleiche Haltung nahm die Wirtschaftspartei ein, die sogar hinzufügte, sie wünsche keinen weiteren Beitritt durch unglückselige Versuche mit der Großen Koalition eintreten zu lassen. Das entscheidende Moment ist aber durch die Haltung der Deutschen Volkspartei gegeben. Unseres Wissens nach ist der Versuch der Zentrum, mit den Führern der Deutschen Volkspartei Vorbesprechungen abzuhalten, überhaupt völlig mißlungen. Die geplante Unterredung mit dem völksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz ist nicht zustande gekommen, während auf der anderen Seite nicht auf dem linken Flügel stehende völksparteiliche Abgeordnete, die das Zentrum zu Besprechungen eingeladen hatte, nicht in der Lage waren, sich oder die Partei nach irgend einer Richtung hin festzulegen.

Dies ist ein ungefähr richtiges und klares Bild der augenblicklichen Situation! Nach Lage der Dinge ist es überflüssig, schon jetzt prophezeien zu wollen, welche Schritte Reichspräsident von Hindenburg unternehmen wird. Der Reichspräsident läßt bereits seit einigen Tagen durch die ihm nächststehenden Persönlichkeiten den erforderlichen Kontakt mit den Parteien herstellen, so daß seine persönliche Entscheidung sicherlich nicht ohne entsprechende Verständigung der in Betracht kommenden Parteien zustande kommen wird. Bis zum gegenwärtigen Augenblick kann weder die eine noch die andere Seite zuverlässig voraussagen wollen, ob das Reichsoberhaupt diesen oder jenen Politiker mit der Regierungsbildung betrauen wird, denn solange die Fühlungnahme mit den politischen Kreisen noch nicht zum Abschluß gelangt ist, ist mit einer Entscheidung Hindenburgs auf keinen Fall zu rechnen. Es wäre allerdings denkbar, daß er den bisherigen Reichstanzler Dr. Luther nach einer eingehenden Aussprache mit der Regierungsbildung beauftragen wird, aber dieser Fall dürfte nur dann eintreten, wenn Dr. Luther für seine Person die volle Gewähr dafür übernimmt, daß die Verhandlungen zu einem schnellen und greifbaren Resultat gelangen.

## Ein Teil des Zentrums für Dr. Luther?

11 Berlin. Soeben wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß der rechte Flügel der Zentrumspartei, insbesondere die Richtung Siegelwald, auf der Vorstandstagung des Zentrums am Sonntag abend die Auffassung darlegen wird, daß die Regierungsbildung im Reich mit größter Beschleunigung vorgenommen werden müsse, und daß daher eine Betrauung Dr. Luthers einen besseren Ausweg bieten werde als ein nochmaliger Versuch zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition. Voraussetzungsweise wird eine ziemlich starke Minderheit diese Auffassung unterstützen, so daß dadurch möglicherweise der Beschluß der Zentrumsvorstände erheblich beeinflusst werden dürfte.

## Dr. Stresemann und die Wilson-Stiftung.

11 Berlin. In den Pressemeldungen über die Zuteilung des Preises der Wilson-Stiftung an den deutschen Außenminister Dr. Stresemann erfahren wir von zutreffender Seite folgende:

Daß dem deutschen Außenminister von der genannten Stiftung der Preis für das Jahr 1925 angeboten worden wäre, trifft nicht zu. Ein solches Angebot ist nicht erfolgt. Das Komitee hat vielmehr, wie ja bereits bekannt geworden ist, beschlossen, den Preis im Jahre 1925 nicht zu verteilen. Vielleicht stehen die Pressemeldungen im Zusammenhang mit Nachrichten, die dem Reichsaussenminister schon vor längerer Zeit zugegangen sind und die darauf hingingen, daß damals in gewissen amerikanischen Kreisen der Gedanke erwogen wurde, den Preis der Wilson-Stiftung an die am Vertragwerk von Locarno beteiligten Staatsmänner zu verteilen, und diese Staatsmänner zur Entgegennahme des Preises für den 28. Dezember — den Geburtstag Wilsons — nach Amerika einzuladen. Ob und inwieweit derartige Erwägungen seitens der Wilson-Stiftung in Berlin nicht bekannt geworden sind, ihre Verwirklichung wäre, soweit der deutsche Außenminister dabei in Frage kommt, schon deshalb von vornherein unmöglich gewesen, weil eine Reise des Leiters der deutschen Außenpolitik nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu dem gegebenen Termin und auch später nach Lage der Verhältnisse nicht in Betracht kommen konnte.

## Erklärungen des Präsidenten der Woodrow-Wilson-Stiftung.

11 New York. Der Präsident der Woodrow-Wilson-Stiftung, Davis, erklärte, daß die Stiftung die Verteilung eines Preises für das Jahr 1925 nicht beschlossen und niemandem einen Preis angeboten habe. Unter den Mitgliedern des Preis-Komitees habe eine Meinungsverschiedenheit nicht bestanden; es sei ein Irrtum, daß er, wie in der Presse berichtet worden sei, das Gegenteil erklärt habe. Bei der Jahrestagung der Stiftung im Mai sei beschlossen worden, für das Jahr 1925 keinen Preis zu verteilen. Nach der Konferenz von Locarno sei der Stiftung jedoch dringend empfohlen worden, in irgendeiner Weise demjenigen, der der Konferenz zuteil werden zu lassen. Verschiedene Personen hätten jedoch inoffiziell Schritte unternommen, um festzustellen, auf wen der Erfolg von Locarno zurückzuführen ist und ob es möglich sein würde, daß Angehörige des Regierungswesens in verschiedenen europäischen Ländern diejenigen, die mit einem Preise ausgezeichnet werden würden, dem am 28. Dezember stattfindenden Gründungsfest beizuwohnen könnten, um bei dieser Gelegenheit die Preise in Empfang zu nehmen. Es sei auch berichtet worden, daß der Friedenspreis Chamberlain und Briand für ihre Tätigkeit in Locarno gegeben werden sollte. Der ausführende Ausschuss der Stiftung habe in diesem Zusammenhang, daß es nicht tunlich und zweckmäßig sein würde, zu dieser Zeit Preise zu verteilen. Es sei doch schwierig zu glauben, daß jemand — welche Ansicht er auch über Wilson habe — den Preis abgelehnt hätte, wenn er ihn von der Stiftung für die Verteilung jenes Preises angeboten worden wäre, der ihm in Locarno befehligt haben würde. Davis erklärte weiter, man nehme an, daß die deutsche Verfassung die offizielle Annahme eines Preises von einem fremden Staate nicht gestatte. Davis erklärte schließlich, die Stiftung behalte sich das Recht vor, jeder ihr geeigneten erscheinenden Persönlichkeit einen Preis zuzuerkennen. Es sei für ihn inopportun, über die weiteren Pläne der Stiftung Erklärungen abzugeben.

## Die Fürttenabfindung vor dem Reichstagsauschuss.

11 Berlin. Der Reichsausschuss des Reichstages begann am Donnerstag abend unter Vorsitz des Abg. Dr. Raht (D. Pa.) mit seinen Beratungen über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürttenhäusern. Dabei lag ihm ein demokratischer Antrag vor, der die Länder ermächtigen soll, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung, soweit sie noch nicht festgefunden hat, durch Landesgesetz, unter Ausschluß des Rechtsweges, zu regeln. Die Kommunisten haben zwei Anträge eingebracht, die das Vermögen der ehemals regierenden Fürtten ohne Entschädigung enteignen und alle Rechtsstreitigkeiten darüber bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung ausgelegt wissen wollen. Von dem Vertreter des Preussischen Finanzministeriums wurde dem Ausschuss eine Denkschrift vorgelegt, die in sehr ausführlicher Weise die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staate und dem vormals regierenden Königsstamm behandelt. Außerdem entwidmete ein Vertreter des Preussischen Finanzministeriums den Stand-

punkt der preussischen Staatsregierung in der Frage der Fürttenabfindung in sehr ausführlichen Rechts- und historischen Darlegungen. Die preussische Regierung erweist, wie bereits bekannt, die Notwendigkeit einer rechtlichen Regelung der Abfindungsfrage an und hat den ebenfalls bereits bekannten Vergleich mit dem ehemaligen Königsstamm vertreten. Zu Beschlüssen kam der Reichsausschuss am Donnerstag noch nicht.

## Zur ungar. Frankenfällungsangelegenheit.

11 Berlin. Der Berliner lat. ungarische Geschäftsträger v. Westheim empfing gestern die Vertreter der deutschen Presse und gab ihnen folgende Erklärung über die Budapest-Frankenfällungsangelegenheit ab:

Die energischen Verhandlungen der ungarischen Regierung, die zur Verhaftung des Prinzen Windischgrätz und des Polizeichefs Nadoßu geführt haben, sind ausschließlich der Initiative der ungarischen Regierung zuzuschreiben. Die französische Regierung hat im Interesse der Befriedigung über der Verhängung des Verfahrens bei der ungarischen Regierung keine Schritte unternommen. Der Direktor der Banque de France erkannte im Gegenteil das rasche und energische Vorgehen der ungarischen Polizei ausdrücklich an. Die Unterredung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Frankenfällung außer den französischen Tausend-Frankenscheinen auch andere Banknoten betreffen könnte. Die Nachrichten, die die Verbreitung von falschen Banknoten mit Ungarn in Verbindung bringen und die einige Jahre zurückliegende Fällung von identischen Kronen wieder aufwärmen, haben es annehmlich nur auf die Kompromittierung der ungarischen Regierung abzielen. In dieser Hinsicht werden auch Nachrichten im Ausland über den Austritt des Innenministers und die bevorstehende Demission des Unterrichtsministers und des Gesundheitsministers verbreitet. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß in der Zusammenfassung der Regierung keine Veränderung zu erwarten ist. Der Urlaub des Gesundheitsministers wird in tendenziöser Weise mit der Fällungsangelegenheit in Zusammenhang gebracht, obgleich sein Urlaub noch vor der Aufhebung der Angelegenheit beschlossene Sache war. Gewissenhaftig soll der Gesundheitsminister in Mailand aufgehalten worden sein, was geradezu erfinden ist, weil er aus Triest nach Athen gereist ist und sich in Mailand garnicht aufhalten konnte. Die Untersuchung wird energisch weitergeführt. Die Regierung beabsichtigt die Angelegenheit endgültig zu klären und die Beirathung der Fällung zu sichern. Den bisherigen Erhebungen gemäß handelt es sich um eine Aktion von in bedrängter materieller Lage befindlichen Personen, die mit Vorspiegelung abenteuerlicher politischer Ziele die Unterstützung einzelner Beamten zu erlangen suchten.

11 Berlin. Ein Berliner Mittagsblatt läßt sich aus Wien berichten, daß der Berliner lat. ungarische Geschäftsträger v. Kanna, vorgehen in Budapest eingetroffen ist, um der ungarischen Regierung Mitteilungen über die in Deutschland vorausgabten falschen Banknoten zu machen. Die Berliner lat. ungarische Geschäftsträger teilt mit, daß Grafellenz v. Kanna Berlin noch am 20. Dezember, also noch vor der Aufhebung der Frankenfällungs-Affäre, urlaubshalber verlassen hat und hier, wie behauptet, am 11. dieses Monats wieder eintreffen wird. Alle an seinen Budapest-Festhalten gemachten Gerüchte sind demnach hinfällig.

11 Budapest. Der unter dem Verdacht der Mithelferschaft bei den Frankenfällungen verhaftete technische Beamte des kartographischen Instituts, Gorb, hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Nach anfänglichem Zögern gestand er ein, daß die falschen Banknoten in dem im Keller des kartographischen Instituts befindlichen Magazin hergestellt worden sind. Ferner machte er seine Mitschuldigen namhaft, deren Verhaftung bevorsteht. Im weiteren Verlauf des Verhörs brachte er zu seiner Verteidigung vor, er sei vom Prinzen Windischgrätz in dessen Wohnung gerufen und dort unter Bezeichnung patriotischer Zwecke zur Teilnahme an der Frankenfällung bewegt worden.

11 Budapest. Ministerpräsident Graf Bethlen sieht sich heute veranlaßt, die von ihm in einer vertraulichen Konferenz mit sämtlichen Parteiführern abgegebene und teilweise erstelt in der Presse gelangte Erklärung öffentlich zu wiederholen, indem er in entscheidender Form erklärt, daß er die Frankenfällung als eine Straftat betrachte und keinesfalls deren Aufhebung mit unerbilliger Strenge bezwecken werde. Entweder gelinge es ihm, die Sache aufzuklären oder er werde seinen Posten verlassen.

## Die Verfolgung der Falschmünzangelegenheit.

11 Prag. Das tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Ungarn: Im Zusammenhang mit der ungarischen Falschmünzangelegenheit hat die hiesige Polizeidirektion gestern Handlungen bei den Führern der ungarischen politischen Parteien sowie in deren Sekretariaten und in den Redaktionen der ungarischen Blätter Karpatho-Rußlands durchgeföhrt. In Ungarn wurde ferner gegen den Führer der ungarischen christlich-sozialen Aktionisten ein Haftbefehl erlassen, der in seiner Wohnung interniert wurde. Die Polizei hat festgestellt, daß allein für die Gehälter der Sekretäre in sieben Sekretariaten und für die Redakteure von vier Blättern 5000 Kronen monatlich notwendig waren, wobei fast keine Einnahmen vorhanden waren. Nach den Aussagen der verhörten Personen wurden diese Ausgaben von Senator Ergy und dem Abgeordneten Sandor Korlat bestritten, die beide in Ungarn wohnen.